

Hinter dem
islamistischen Terrorismus
steht der Kampf
um staatliche Macht

Die Machtpolitik des Terrors

Andreas Jacobs

New York, Bali, Djerba, Madrid, immer wieder Bagdad, jetzt London und Ägypten – der islamistische Terrorismus scheint überall zuzuschlagen. Auch bei der Wahl der Opfer ist er nicht wählerisch: Berufspendler, Cafébesucher, Passanten, Touristen, oft Muslime. Das Nachdenken über die Ziele dieses Terrors wirkt angesichts seiner Brutalität und Wahllosigkeit fast obszön. Wenn junge Familienväter mitten in Europa plötzlich zu Massenmördern werden, scheint sich jeder rationale Erklärungsversuch von selbst zu verbieten. Für viele Beobachter ist deshalb religiöser Wahn am Werk. Dem Terror – so die verbreitete Einschätzung – gehe es nicht um einen Kampf gegen das, was der Westen tue, sondern gegen das, was der Westen sei, nämlich frei, demokratisch, aufgeklärt und tolerant. Der Terror wird aus dieser Perspektive zum irrationalen Krieg einer – wenn auch missverstandenen – Religion gegen den Rest der Welt. Diese „theologische“ Interpretation ist zum Verständnis der eigentlichen Motive des islamistischen Terrorismus wenig geeignet. Tatsächlich geht es dem militanten Islamismus um den Aufbau eines islamischen Staates mit weltpolitischem Gewicht.

Der Islamismus ist – auch und gerade in seiner terroristischen Spielart – eine politische Ideologie. Der Kern dieser Ideologie ist nicht primär der Hass auf „den Westen“, sondern ein utopischer Gesellschafts- und Staatsentwurf, gegründet auf den Koran und die Prophetenüberlieferung. Das Denken vieler militanter Isla-

misten folgt dabei stets dem gleichen mehrstufigen Schema: *erstens* die Machtübernahme im eigenen Staat und die Etablierung einer „islamischen“ Herrschaftsordnung; *zweitens* der Export dieser Herrschaftsordnung und seine Übertragung auf die islamischen Nachbarstaaten und *drittens* die Bildung eines „islamischen“ Machtblocks mit dem Ziel einer Überwindung der westlich-amerikanischen Hegemonie im internationalen System und einer Vernichtung Israels. Das vordergründige politische Leitbild ist dabei stets der idealisierte islamische „Urstaat“ unter der Führung des Propheten im Medina des frühen siebten Jahrhunderts. Aufschluss über die politischen Motivationen der Terroristen liefert allerdings eher der Blick auf das frühe zwanzigste Jahrhundert. 1917 hatte sich eine revolutionäre Bewegung mit transnationaler Ideologie und weltpolitischen Ambitionen des russischen Staates bemächtigt. Der Rest ist Geschichte. Die Parallele zwischen der bolschewistischen Internationale damals und dem islamistischen Terrorismus heute mag gewagt sein, aber sie hilft zu verstehen, worum es den Terroristen geht.

Ansatzpunkt des Denkens gewaltbereiter Islamisten war also stets die Erringung staatlicher Macht in den islamisch geprägten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Der gewaltsame Kampf um die Realisierung eines islamistischen Gesellschaftsentwurfes tobt zumindest innerstaatlich seit mindestens fünfzig Jahren. Dass er von westlichen Beobach-

tern als solcher oft nicht wahrgenommen wurde, lag vor allem an seinem weitgehenden Scheitern. Saudi-Arabien hatte die islamistische Besetzung der Großen Moschee in Mekka 1979 mit westlicher Hilfe niedergeschlagen. Syriens Präsident Assad machte 1982 mit seinen islamistischen Widersachern kurzen und blutigen Prozess. Ägypten griff nach den Terroranschlägen der neunziger Jahre mit harter Hand durch. In Pakistan, Saudi-Arabien, Irak und Marokko sah es ähnlich aus. Nirgendwo konnte der militante Islamismus eine breite Massenbasis oder gar die staatliche Macht sichern.

Strategiewechsel

Die Terroranschläge gegen US-amerikanische Einrichtungen in den neunziger Jahren und schließlich der 11. September markieren vor diesem Hintergrund einen Wechsel in der Strategie, nicht in der Zielsetzung. Der Terrorismusexperte Guido Steinberg bezeichnet diesen Vorgang als Übergang vom Kampf gegen den „nahen Feind“ zum „fernen Feind“. Nachdem der Sturz der eigenen Regime, der „nahen Feinde“, gescheitert sei, richte sich das Augenmerk der militanten Islamisten nun verstärkt auf die westlichen Unterstützer dieser Regime, die „fernen Feinde“. Auch hinter diesem Strategiewechsel stand realpolitisches Kalkül. Der „Westen“ ist in der Wahrnehmung islamistischer Terroristen ein „weiches Ziel“: militärisch zwar stark, moralisch aber schwach und unfähig, Leid und Demütigung zu ertragen. Als empirischen Beleg führte Osama bin Laden in seiner Videobotschaft vom April 2002 zwei Beispiele an: 1983 hatten sich die USA nach einem verheerenden Bombenanschlag aus Beirut zurückgezogen, und 1993 führten die Fernsehbilder getöteter US-Soldaten zum Abzug der US-Truppen aus Somalia. Zwei oder drei Terroranschläge – so ließ er seine Anhänger später wissen – reichen folgerichtig auch aus, um Spanien zu

einem Truppenabzug aus dem Irak zu veranlassen. Als die neue spanische Regierung nach den Anschlägen von Madrid die spanischen Truppen dann tatsächlich aus dem Irak abzog, wurde dies von El Kaida als Sieg gefeiert. Spätestens jetzt hatte sich die Vorstellung bestätigt, der Westen lasse sich aus den islamischen Staaten „herausbomben“.

Der terroristische Kampf gegen die USA und den Westen ist also mehr Mittel als Ziel. Primär geht es den unterschiedlichen Terrorgruppen nicht um die Bekämpfung westlicher Werte oder westlicher Lebensart. Es geht ihnen nicht einmal um einen „Sieg“ über die USA oder Großbritannien. Tatsächlich geht es ihnen um Pakistan mit seinen Nuklearwaffen, um Ägypten mit seinem politischen Gewicht, um Palästina mit seiner symbolischen Bedeutung und um Saudi-Arabien mit seinen Ölquellen und seinen heiligen Stätten. Die vorübergehenden islamistischen Teilerfolge in Afghanistan und Sudan waren lediglich Zwischenstationen und Übungsplätze für diesen Kampf um die islamische Großmacht. Beide Länder waren machtpolitisch zu unbedeutend und geografisch zu abgelegen, um zum Nukleus eines solchen Staates zu werden. Im Falle des Irak ist das anders. Der Irak ist für die Strategen des Terrors ein *window of opportunity*. Im Irak bietet sich erstmals nach dem Iran 1979 die Möglichkeit, die politische Macht in einem islamischen „Kernstaat“ mit erheblichen Ressourcen und mit einer günstigen geopolitischen Lage zu übernehmen. Der Iran war aufgrund seines spezifisch schiitisch-islamischen Staatsmodelles für eine solche Rolle nicht geeignet. Dementsprechend richtet sich der Kampf von Zarkawis El-Kaida-Zweigstelle im Irak auch gegen die schiitische Bevölkerungsmehrheit. Nur als sunnitisch-islamischer Staat taugt der Irak als Ausgangspunkt für die Schaffung einer islamischen Großmacht.

Der Zusammenhang zwischen den Terroranschlägen in Europa und dem westlichen Engagement im Irak ist also offenkundig. Dass dieser Zusammenhang in der momentanen Diskussion in Europa entweder politisch missbraucht oder trotzig zurückgewiesen wird, liegt an den falschen Schlussfolgerungen, die aus ihm gezogen werden. Jene, die glauben, ein westlicher Truppenabzug aus dem Irak werde das Problem lösen, haben die eigentlichen Beweggründe des islamistischen Terrorismus ebenso wenig begriffen wie jene, die lediglich ziellos agierende, religiös fanatisierte Nihilisten am Werk sehen. Gerade weil der gegenwärtige Terror auf eine Beendigung jeglicher westlicher Präsenz in Irak, Afghanistan und letztendlich in allen islamischen Staaten abzielt, wäre eine Beendigung des westlichen Engagements im Irak das völlig falsche Signal. Auch wer im Jahre 2003 aus sicherheitspolitischen Gründen den militärischen Sturz Saddam Husseins ablehnte, muss heute aus den gleichen sicherheitspolitischen Gründen einen Verbleib der alliierten Truppen in der Region befürworten. Der Irak-Krieg mag ein Fehler gewesen sein. Den Irak heute den Islamisten zu überlassen wäre ein größerer Fehler.

Es bleibt die Frage, warum sich junge europäische Muslime mit Familie und beruflicher Perspektive die politischen Ziele der militanten Islamisten zu Eigen machen und sich selbst und andere im Namen des Islam in den Tod reißen. Was haben sie davon, wenn irgendwo weit weg militante Islamisten einen islamischen Staat aufbauen? Hierauf ist zunächst zu antworten, dass in der Wahrnehmung vieler Muslime der Irak und Pakistan keineswegs weit weg sind. Beobachtungen in Frankreich und Großbritannien zeigen, dass viele einheimische Muslime wesentlich stärker an die Milieus und Diskurse islamischer Länder gebunden sind, als oft vermutet wurde. Dies müssen nicht notwendiger-

weise die Herkunftsländer der eigenen Familien sein. Der französische Islamexperte Olivier Roy hat darauf hingewiesen, dass sich zahlreiche junge Muslime der zweiten oder dritten Generation sowohl in ihrer alten nah- und mittelöstlichen als auch in ihrer neuen europäischen Heimat nicht zu Hause fühlen. Eine neue Studie des Washingtoner Nixon-Centers zeigt, dass insbesondere diese Gruppe anfällig für terroristisches Gedankengut ist. Gerade den entwurzelten europäischen Muslimen bietet immer wieder nur noch die von den Protagonisten des Terrors angebotene Konstruktion der transnationalen islamischen Gemeinschaft eine geistige Heimat. Die persönliche Erfahrung dieser Gemeinschaft in den Trainingslagern und Koranschulen Bosniens, Tschetscheniens und Pakistans festigt dann den Glauben, dass es sich lohnt, für die Verwirklichung der Utopie von der islamischen Großmacht zu sterben.

Argumentationsketten

Um sich die Gefolgschaft der „fernen Helfer“ in Europa zu sichern, bedienen sich die Vordenker des Terrors zweier zentraler Motive des politischen Denkens vieler Muslime: der „Selbstbestimmung“ und der „Gerechtigkeit“. Der permanente Bezug islamistisch-terroristischer Terminologie auf „Kreuzfahrerstaaten“, auf die eigenen Regierungen als „Lakaien des Westens“ und auf die „jüdisch-amerikanische Weltverschwörung“ bedient die verbreitete Angst vor einer Fremdbestimmung der Muslime. Da weder in der islamischen Theologie noch in der gesellschaftspolitischen Debatte, sofern es sie überhaupt gibt, eine wirkliche Auseinandersetzung mit einem muslimischen Leben in einem nicht-muslimischen Umfeld stattgefunden hat, finden die Ideologen des Terrors leicht Gehör mit ihrem Argument, dass wahres islamisches Leben nur da möglich sei, wo der Islam über Politik und Gesellschaft bestimme. Am Ende der

Argumentationskette steht dann immer das scheinbar zwingende Argument, der Islam brauche einen mächtigen islamischen Staat.

Mit dem Motiv der „Gerechtigkeit“ ist das ähnlich. Als nach den Londoner Attentaten vom 7. Juli 2005 britische Muslime gegen den Terror demonstrierten, taten sie dies mit Slogans wie „Terror ist nicht die Antwort“ oder „Gerechtigkeit, nicht Terror“. Dies macht deutlich, in welchem Ausmaß die Vorstellung, der Islam erleide weltweit Ungerechtigkeit, ein Strukturelement des politischen Denkens vieler Muslime ist. Fixpunkte dieser Vorstellung sind vor allem das von arabischen Medien immer wieder aufbereitete Leid der Palästinenser, der Tschetschenen, der Bosnier und der Iraker, aber auch die gescheiterte Integration der Muslime in Europa und die alltäglichen Benachteiligungen und Diskriminierungen. Die nicht nur von gewaltbereiten Islamisten präsentierte Schlussfolgerung liegt auch hier auf der Hand: Gerechtigkeit gebe es nur bei Gott. Ungerechtigkeit geschehe den Muslimen, weil sie ihr Schicksal nicht vollständig in seine Hände legen könnten. Nur ein wahrhaft islamischer Staat garantiere den Muslimen Gerechtigkeit.

Wenn es also zutrifft, dass der islamistische Terrorismus primär um staatliche Macht kämpft, kann die geeignete Antwort nur Gegenmachtbildung heißen. Diese Gegenmachtbildung darf sich nicht allein der herkömmlichen militärischen und nachrichtendienstlichen Mittel bedienen. Gegenmacht muss vor allem in den Bereichen gebildet werden, in denen der islamistische Terrorismus Macht generiert: bei der Vernetzung, bei der Mobilisierung und bei der Ideologisierung. Die hierzu erforderliche Doppelstrategie lässt sich in zwei Schlagworten umschreiben: „Counter-terrorism“ und „Counter-islamism“.

Der bisherige Kampf gegen den internationalen Terrorismus – der genau ge-

nommen ein transnationaler ist – hat sich vor allem auf den Bereich des „Counter-terrorism“ konzentriert. Die nachhaltige Offenlegung und Zerschlagung islamistischer Terrornetzwerke durch nachrichtendienstliche Arbeit, durch konsequente und europäisch sowie transatlantisch abgestimmte Strafverfolgung und durch genaue Beobachtung der islamistischen Szene weltweit kann aber nur Erfolg haben, wenn dem islamistischen Terrorismus auch der ideologische Nährboden entzogen wird. Die Vorstellung, die Terroristen verfolgten gänzlich irrationale Ziele, hat bislang verhindert, dass eine solche Strategie des „Counter-islamism“ umfassend entwickelt wurde. In seinem nach wie vor lesenswerten Newsweek-Artikel *Why Do They Hate Us?* hatte Fareed Zakariya schon drei Wochen nach den Anschlägen des 11. Septembers eine solche Strategie gefordert. Der Westen – so Zakariya – habe während des Ost-West-Konfliktes erhebliche Mühen darauf verwendet, der kommunistischen Ideologie ihre Anziehungskraft zu nehmen. Gleichzeitig habe er massiv für das Alternativmodell der offenen Gesellschaft geworben. Das Gleiche müsse nun im Umgang mit dem Islamismus geschehen. Eine Strategie des „Counter-islamism“ muss deshalb auf die Wiedergewinnung der Lufthoheit bei der Deutung von Koran und Propheten-tradition abzielen. Sie muss die islamistisch umgedeuteten Begriffe und Glaubensinhalte des Islam semantisch und theologisch aufbrechen und die kritische Auseinandersetzung mit ihnen suchen. Sie muss die Reformer und Demokraten im Islam stärken und sich kritisch mit den Thesen und Ideen des Islamismus auseinander setzen. Und sie muss deutlich machen, dass die freiheitliche Demokratie auch den Muslimen mehr Selbstbestimmung und Gerechtigkeit garantiert als jede islamistische Utopie einer islamischen Großmacht.